

a 162.002

W I E N E R
SOZIALDEMOKRATISCHE
B Ü C H E R E I

**Drillschule
Lernschule
Arbeitsschule**

Von

Otto Glöckel

Präsident des Stadtschulrates für Wien

W I E N 1 9 2 8
VERLAG DER ORGANISATION WIEN
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI

ON 225.673

W I E N
SOZIAL DEMOKRATISCHER
B Ü C H E R H A N D L U N G

Brilliant
Kunst
Abstraktion

Otto Glöckl

Verlag des Verfassers

W I E N
VERLAG DER VERBANDS
DER SOZIAL DEMOKRATISCHEN

„Hoch die Schulreform!“

hört man immer wieder rufen, wenn die Wiener Arbeiterschaft demonstrierend durch die Straßen zieht, „Hoch die Schulreform!“ ertönt es, wenn in großen Kundgebungen klerikale Vorstöße zurückgewiesen werden. Wenn mit verstehender Bereitwilligkeit der Tramwaychaffner für Plätze einer Schulklasse, die auf einer Lehrwanderung begriffen ist, sorgt, so fühlt er sich verbunden mit der Schulreform. Viele freiwillig geleistete Arbeitsstunden werden von Männern und Frauen, die schwer mit dem Leben zu ringen haben, Monat für Monat geopfert, um als Funktionäre der Elternvereinigung geistige, aber auch vielfach Handarbeit zu leisten: sie wollen dabei sein, mithelfen, um das Werk für die Kinder erfolgreich zu gestalten! Tausende Lehrpersonen besuchen außerhalb ihres Pflichtkreises Fortbildungskurse, wirken in Arbeitsgemeinschaften: wir wissen, daß es vor allem von ihnen abhängt, wie sich der Geist in der Schule gestaltet, ob sich die seit Jahrzehnten geschaffene Theorie in wertvolle praktische Arbeit umsetzt. Überall dort, wo die sozialdemokratische Partei die Verwaltung beeinflussen kann, ist die Schule ein Gegenstand liebevoller Fürsorge. Alle wirken zusammen, alle finden sich in der Verantwortung der heranwachsenden Jugend gegenüber.

Man kann ruhig aussprechen, daß es noch nie eine Zeit gegeben hat, in der die Bedeutung der Schule für den Aufstieg des Volkes so klar und ganz erfaßt wurde wie jetzt. Es dürfte kaum noch eine zweite Stadt geben, in der die Erneuerung des gesamten Schulwesens so zur entschiedenen Forderung der Massen unter Führung der Sozialdemokratie geworden ist, wie in Wien. Wie außerordentlich bezeichnend ist der im November 1927 erschienene Bericht der „Preussischen Lehrerschaft“, der über den Besuch von 75 auf Kosten der Stadt Berlin nach Wien entsendeten Lehrpersonen erzählt:

„Und was ist der österreichischen Republik die österreichische Lehrerschaft und ihr Werk? Am 12. November sollte es uns in der eindringlichsten Form vor Augen geführt werden. Nicht daß 250.000 Männer, Frauen und Jugendliche auf dem Ring in zweieinhalbstündigem Umzug unter der Leitung ihrer politischen Führer für die Republik demonstrierten, machte für uns Berliner Lehrer das hohe Erlebnis des Tages aus — auch in Berlin haben wir ja des öfteren be-

geisterte Kundgebungen für den neuen Staat erlebt —, sondern vor allem der Umstand daß in diesem sich öffentlich kundgebenden neuen Staatsbewußtsein auch das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer neuen Schule fest verankert ist. Es war ein erhebendes Gefühl für uns Anhänger der Schulreform als die Hunderttausende im Anblick des Stadtschulgebäudes immer wieder in die begeistertsten Rufe ausbrachen: »Es lebe die Schulreform, es lebe die freie Schule!« Des Lächerlichens wollte auch in wachsender Entfernung kein Ende nehmen. Und so flutet die Welle der Begeisterung den ganzen Ring entlang, überall das gleiche erhebende Bild. Wo ist das Volk, das sich zu einer gleichen Höhe der geistigen Kultur zu erheben vermag? Zwar standen wir Berliner bald mitten in der begeistertsten Menge, selber hingerissen von der ungeheuren Wucht ihres Impulses — aber dann stahlen wir uns davon — in resignierter Stimmung ob der Unzulänglichkeit unseres eigenen Werkes.“

Aber nicht nur in Wien, in ganz Osterreich hat sich die Arbeiterchaft der Idee der Schulreform bemächtigt. Dort wo die Alerikalen in übermühtiger Weise die Schule unter ihr Dittat zwingen wollen, trifft man die Arbeiterchaft auf hartem Kampfboden gefühls- und verstandesmähtig in entschiedener Abwehr. Die gesamte Arbeiterchaft hat längst erkannt, daß den Kindern, daß damit ihren eigenen Nachfolgern im proletarischen Befreiungskampf durch erhöhte Bildung wertvolles Miltzeug für den Kampf mitgegeben werden muß. Weg mit allem überflüssigen Wissenstand, mit der frömmelnden Erziehung, die ganz bewußt die wirtschaftlich Unterdrückten mit dem Blick in das Jenseits über das Unrecht des Tages hinwegtäuschen will, mit einer Erziehung zum blinden Glauben an falsche Autoritäten! Weg mit der Überschätzung des reinen Buchwissens! Die Schule soll für das praktische, diesseitige Leben vorbereiten, soll eine Erziehungsstätte sein, die aufrechte, stolze, sittlich gefestigte Menschen hervorbringt, die in der Achtung vor der Arbeit, vor der Leistung für die Gesamtheit zur Achtung vor der wirklichen Autorität führt! Diese Ideen sind es, die die Schülerziehung beeinflussen müssen, die die Hirne und Herzen der Arbeiterchaft erobert haben. So ist es erklärlich, daß kaum ein zweites Versammlungsthema so verständnisvollen Widerhall findet, wie Schul- und Erziehungsfragen. Und das ist recht so! Die Arbeiterchaft hat längst erkannt: „Der Feind, den wir am meisten hassen, das ist der Unterstand der Massen!“

Hier soll nun aufgezeigt werden, wie die Schule immer abhängig war von den politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen; wie die Schule als Erziehungsstätte dazu verwendet wurde, die jeweils bestehenden Machtverhältnisse zu festigen, und wie sich im Laufe der Zeiten langsam der Zustand vorbereitet, daß das Interesse des einzelnen Kindes mit dem Interesse der Gesamtheit völlig zusammenfällt. Je tüchtiger das Kind für den Lebenskampf vorbereitet ist, um so besser für das Kind; je mehr Wissen allen Angehörigen des Volkes zugänglich ist, um so mehr wird die demokratische Staatsform erfolgreich wirksam sein. Es soll angedeutet werden, wie jede schulreformatorische Entwicklung naturnotwendig aus der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Entwicklung eines Staates hervorgehen muß. Wohl ist das Tempo der Schulungsgestaltung verschieden, denn es ist abhängig von der genauen Kenntnis und der Anpassung des Stoffes, von der Opferwilligkeit öffentlicher Körperschaften und insbesondere davon, daß eine starke politische Partei ihr ganzes Gewicht für die Neuerung einsetzt. Dabei kommen nur solche politische Parteien in Betracht, die in der Schärfung des selbständigen Urteiles jedes einzelnen, in der Lernfreudigkeit der Massen eine Machtquelle erblicken. Es ist daher ganz selbstverständlich, daß in dieser Beziehung nur die sozialdemokratische Partei in Betracht zu ziehen ist. Und so kam es, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung immer wieder eine entschlossene Kampfbereitschaft des Proletariats aufzeigt, wenn es galt, Anschläge gegen das Schulwesen abzuwehren. Wir erinnern an die Zeit Zuegers und Gehmanns. Fühlt doch gerade der regsamere Teil des Proletariats täglich am eigenen Leib, wie schwer sich jeder einzelne im gewerkschaftlichen und politischen Leben gegenüber solchen behaupten kann, die das Glück hatten, schon in ihrer Jugend eine planmäßige Erziehung, einen gediegenen Unterricht zu erhalten. Es ist mehr als ein Zufall, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung von Bildungsvereinen ihren Ausgang nahm. Die österreichische Arbeiterschaft kann auf eine ehrenvolle Tradition auf dem Gebiete des Schulkampfes hinweisen. Und so ist es nicht verwunderlich, daß Österreich mit seiner wohlorganisierten Arbeiter- und Angestelltenchaft heute in der ersten Linie aller Kulturländer auf dem Gebiete der Schulerneuerung steht, daß Wien zum Zielpunkt der pädagogischen Fachleute aus der ganzen Welt geworden ist. Wien kann mit Recht den stolzen Titel einer „Schulreformstadt“ in Anspruch nehmen.

A. Die Drillschule.

Wie sah die Schule aus, in die unsere Großeltern gingen?

Kaiser Franz Josef war ein achtzehnjähriger, unerfahrener, schwächerer Mensch, als er unmittelbar nach der Revolution zur Regierung kam; er sollte mit allen Mitteln den revolutionären Schutt beseitigen, die Konterrevolution durchführen. So verschrub er sich gegen das Interesse des Volkes der Klerisei. 1855 wurde das sogenannte Konkordat geschlossen, ein Staatsvertrag zwischen Kaiser und Papst, der Österreich unter die tatsächliche Oberhoheit des Papstes stellte. Sofort griff die katholische Kirche nach der Schule. Die „Konkordatschule“, so wurde sie genannt, war eine streng konfessionelle Schule, die dem Einflusse der Kirche restlos ausgeliefert war. Der fünfte Artikel des Konkordats bestimmte, daß der ganze weltliche Unterricht der Jugend der Lehre der katholischen Religion angemessen sein müsse, daß die Bischöfe die Lehranstalten leiten und überwachen sollen und daß bei keinem Lehrgegenstand etwas vorkommen dürfe, was dem katholischen Glauben zuwiderlaufe. Der wirkliche Zweck dieser Schule war also, dem Papste Gläubige ohne eigenes Urteil, dem Kaiser demütige „herzensgute Untertanen“ zu erziehen. Adel und Kirche fühlten sich zur weltlichen Herrschaft berufen, das Volk war dazu bestimmt, beherrscht und ausgenützt zu werden.

WiehabendiesebeidenGewaltendieSchule eingerichtet, damit sie ihren Machtbedürfnissen entspricht?

Für die Kinder des Volkes öffneten sich natürlich nur die Pforten der Volksschule, soweit überhaupt eine solche vorhanden war. In der Regel waren es einklassige Schulen, in denen oft über hundert Kinder, in einem Klassenraum zusammengepfercht, dem Lehrer überlassen wurden. Nur in größeren Orten gab es zweiklassige, in Städten vierklassige Schulen. Die Schulpflicht war unregelt, manchmal fand man vier Jahre Schulzeit, wobei der Schulbesuch nicht streng überwacht wurde, für mehr als ausreichend. Ein wenig Lesen, Schreiben und Rechnen, recht viel Religion von einem völlig ungebildeten Lehrer mit dem Prügel in der Hand eingeleut, das war die pädagogische Arbeitsleistung. Soweit es sich nicht um sogenannte Notlehrer, das waren heimgekehrte Soldaten oder Handwerker, handelte, hatten die Schulmeister einen sechs-wöchigen, ja manchmal „fogar“ einen einjährigen Ausbildungs-

fürs durchgemacht. Sie waren erbarmungswürdige Menschen, von den Launen des Pfarrers völlig abhängig, jeden Augenblick um ihre ohnedies ärmliche Existenz zitternd. Ihre Hauptarbeit bestand im Mesnerdienst. Heute noch kann man die geschmacklose Karrikatur des einstigen Schulmeisters in Witzblättern antreffen: ein verhungertes Mensch in einem langen schäbigen schwarzen Rock, mit dem Prügel in der Hand seines Amtes waltend. So mußte der Lehrer aussehen, der den Kindern auf keinen Fall mehr als das unumgänglich Nötendigste einzudrillen hatte. Die Erfolge dieser Schule entsprachen den Wünschen der damals Herrschenden. Die Zahl der Menschen, die weder lesen noch schreiben konnten, war außerordentlich groß. Solche Leute mußten dankbar dafür sein, wenn sie für ihre untergeordneten Arbeitsleistungen, zu denen sie eben noch brauchbar waren, eine schlechte Kost erhielten. Sie mußten u m j e d e n P r e i s ihre Arbeitskraft verkaufen. Von irgendeiner sozialen Fürsorge war selbstverständlich keine Rede, denn die arbeitenden Menschen hatten es noch nicht verstanden, ihre persönliche Ohnmacht durch den machtvollen Zusammenschluß der Gleichbedrückten zu erlösen. So erfüllte die Konfordschule die ihr gestellten Aufgaben. Diese Schule war das Ideal des streitbaren Linzer Bischofs Dr. Rudigier von einst und ist das Ideal des streitbaren Prälaten Dr. Seipel von jetzt!

Die wirtschaftliche Entwicklung ist aber stärker als der Wunsch der Mächtigen. Zu Beginn der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts nahm die Industrie einen gewaltigen Aufschwung, bald stellte sich heraus, daß man nicht Analphabeten zu einer komplizierten Maschine stellen könne, man benötigte besser vorgebildete Arbeiter. So setzte sich das Streben nach einer besseren Schulbildung des ganzen Volkes durch. Dazu kam die schwere Niederlage Österreichs 1866 im Kriege gegen Preußen. Politisch brach die Zeit des Liberalismus an. Es kam zu schweren Kämpfen innerhalb des Bürgertums, und zwar zwischen der vom Hof geschützten klerikalen und der liberalen Richtung. Die Arbeiterschaft spielte zu dieser Zeit keine wesentliche Rolle im öffentlichen Leben. Der Liberalismus blieb siegreich. Zum Scherz des Kaisers wurde das Konfordat beseitigt, die politischen Rechte des Bürgertums erweitert, Verfassungsgesetze geschaffen und an die Stelle der Konfordschule die „Neuschule“ auf Grund des Reichsvolksschulgesetzes vom 14. Mai 1869 gesetzt. Den schamlos durchgeführten Absolutismus verdrängte die konstitutionelle Monarchie, die in ihrem Wesen wohl noch immer absolutistisch, doch eine wichtige Vorbedingung für die weitere politische Entwicklung war.

B. Die Lernschule.

Es ist außerordentlich interessant, wie die jeweilige Schulorganisation die politische Machtverteilung widerspiegelt. Die wirklich entscheidende Macht, die tatsächlich regierende Schicht, war immer noch der Adel unter Führung des Kaisers, gestützt auf das Heer. Nur einem Adelligen war es bis in die letzte Zeit vor dem Zusammenbruch möglich, Minister, Diplomat, Statthalter, Hofrat, ja auch nur Bezirkshauptmann zu werden. Für die Erziehung der adeligen Jugend zu dieser Funktion mußte vorgesorgt werden. Man schuf eine eigene Anstalt hiefür: das Theresianum. Die Zöglinge wurden dort sorgfältig vor jeder Verührung mit den Kindern des Volkes bewahrt. Fern von der wirklichen Welt wurden sie für ihren Beruf vorbereitet. Die Männer, die aus dieser Anstalt hervorgingen, stützten und förderten sich gegenseitig, sie bildeten einen verhängnisvollen Staat im Staate, sie regierten auch Österreich zugrunde.

Man brauchte verlässliche Offiziere für das Heer, das im Bedarfsfall auch gegen das Volk verwendet werden konnte. Daher errichtete man eigene Offiziersakademien, in denen die zukünftigen Offiziere, ebenfalls von der Welt streng abgeschlossen, eine völlig einseitige Ausbildung genossen und mit einem eigenen Standesdünkel erfüllt wurden.

Man brauchte niedere und mittlere Beamte; diese Stellungen wurden den Söhnen des Bürgertums überlassen. Man schuf Mittelschulen, die sich durch die Einrichtung des Schulgeldes und anderer erhöhter Auslagen von den Kindern armer Leute möglichst freihielten und die allein für den Besuch einer Hochschule vorbereiteten. In den folgenden Jahrzehnten kamen wohl auch Arbeiterkinder in Mittelschulen; es waren aber seltene Ausnahmen, die daher auffielen. Noch vor drei Jahren entfiel in den bürgerlichen Bezirken Wiens auf 27 Kinder ein Mittelschüler, in den proletarischen Bezirken aber erst auf 22 Kinder ein Mittelschüler, wobei nicht vergessen werden darf, daß es auch in Proletarierbezirken Kinder des Bürgertums gibt. Kinder mittelloser Eltern können trotz der Befreiung vom Schulgeld nur unter den größten Opfern, unter harten Entbehrungen, immer von der Angst gepeinigt, ihre Studien abbrechen zu müssen, studieren. Wieviel Kraft wird dabei vergeudet! Wie viele dieser wenigen bleiben am Wege liegen! Die Besitzenden wollen nicht den Aufstieg der Tüchtigen, die aus den Kreisen des Volkes stammen, sie fürchten die Konkurrenz, die ihren eigenen Kindern dadurch

erwächst. Sie wissen, daß mit dem geistigen der soziale Aufstieg der Arbeiterjugend verbunden wäre. Ein Beweis dafür, wie schamlos diese Meinung noch jetzt öffentlich zu vertretten gewagt wird, ist der Vortrag des Wiener Universitätsprofessors „Graf“ Degenfeld — das ist der von Schmitz ernannte Nachfolger unseres Genossen Grünberg! —, der im Sanner 1928 (1) über den „Aufstieg der Begabten“ in der katholisch akademischen Vereinigung gehalten wurde. Der heutige Zeitgeist, meint der fromme Graf, verlange, die Begabtesten der niederen (!) Stände möglichst restlos zu erfassen und heraufzuholen, und als Gegenstück hiezu die Minderbegabten der höheren (!) Stände zurückzudrängen; ihm scheine dieses Ideal jedoch nicht erstrebenswert zu sein. Man solle den unbegabten Kindern der höheren (!) Stände nicht etwa durch strenge Prüfungen das Fortkommen in der höheren Schule erschweren. — Hier zeigt sich eine der häßlichsten Seiten des Klassenkampfes! Neben dem Privileg des Besitzes soll das Privileg der Bildung den besitzenden Klassen erhalten bleiben, trotzdem das gesamte Wissen für alle Menschen in schwerem Ringen erobert wurde.

Man brauchte besser vorgebildete Arbeiter, Geschäftsleute. Darum errichtete man im Anschluß an die Volksschule in den Städten dreiklassige Bürgerschulen. Es war für die damalige Zeit eine gute Schule. Man bot höhere Ausbildung — aber ja nicht zu viel —, man machte sie für den Aufstieg des Besitzlosen möglichst unwirksam. Was half es dem austretenden Bürgerschüler, wenn er sich das beste Fortgangszeugnis erworben hatte, da ihm der Übertritt von der Bürgerschule in eine Obermittelschule versagt war. Man umgab die Bürgerschule mit einer unübersteigbaren Mauer. Kein Bürgerschüler kam in die Obermittelschule. Man gewährte eben nur gerade so viel Wissen, als aus wirtschaftspolitischen Gründen unerlässlich war.

Für das „gewöhnliche“ Volk wurde 1869 eine neue Volksschule geschaffen, die gegenüber der Konfordschule einen außerordentlichen Fortschritt bedeutete. Der Staat übernahm die Schulaufsicht, die Schulpflicht wurde — allerdings nur auf dem Papier — mit acht Jahren festgesetzt, die Lehrerbildung auf vier Jahre erhöht, neue Unterrichtsgegenstände eingeführt, so der Unterricht aus Naturgeschichte, Naturlehre, Geographie, Geschichte, weibliche Handarbeiten, Gesang und Turnen. Das ist die Schule, die auf Grund des Reichsvolksschulgesetzes in der äußeren Organisation noch heute besteht, die Schule, in die wir gegangen sind und der wir sicherlich vieles verdanken. Aber die Zeit steht nicht still,

Neue Bedürfnisse regen sich, neue Aufgaben entstehen. Und so ist diese Schule im Laufe der Zeit verfallen, ist unzeitgemäß geworden.

Wie sah die Schule aus, in die wir gegangen sind?

Mit heiliger Scheu, aber auch oft mit Angst betraten wir die Schulklasse mit den meist kahlen Wänden. Vorne das Podium, auf dem der Lehrer thront. Unten eine Bank hinter der andern, man brauchte ja nur den Lehrer zu sehen. Immer wieder ertönt der Befehl „Hände auf die Bank!“ Der Schüler darf nur sprechen, wenn ihn der Lehrer fragt, er hat kritiklos hinzunehmen, was ihm der Lehrer vorsagt. Alles ist auf die ä u ß e r e Ordnung eingestellt, alles ist reglementiert. Da hängt an der Wand die „Schulordnung“ in der Form von feststehenden Geboten, deren Übertretung unmissverständlich bestraft wird, es ist die von der Obrigkeit erlassene Polizeiordnung! Dem Lehrer ist wochenweise im voraus für das ganze Jahr vorgegeschrieben, welchen Lehrstoff er mit den Kindern aufzuarbeiten hat. Der Schultag ist auf Grund eines Stundenplanes genau eingeteilt. Und sind die Kinder bei der Besprechung eines wunder schönen Gedichtes von heiligstem Feuer erfüllt: die Schulglocke erklingt, die Stimmung wird zerstört, die Kinder haben sich sofort umzustellen, denn jetzt kommt Addieren mit Dezimalzahlen daran. Das Hauptmerkmal dieser Schule bestand darin, daß der Lehrer den Schülern den Wissensstoff d a r b o t, die Kinder ihn „lernen“ mußten. Man nennt daher diese Schule die „L e r n s c h u l e“. In erster Linie wurde dabei das Gedächtnis herangezogen. Der gute Lehrer suchte wohl das Interesse der Kinder durch Bilder und Modelle zu erwecken, aber die wirkliche, lebendige Welt blieb verschlossen. Das Schulleben spielte sich ausschließlich zwischen den vier Wänden ab, und wenn einmal des Jahres ein Ausflug unternommen wurde, war dies ein großes Ereignis.

Den Mittelpunkt des Unterrichtes bildete das „L e s e b u c h“, das den Leitfaden für den durchzunehmenden Stoff in der Form oft sehr gekünstelter, lebensunwahrer Lesestücke bot. In der Regel hatten die Kinder nach den ersten zwei Wochen des Schuljahres das Lesebuch ausgelesen und nun litt der spätere Unterricht unter tödlicher Langeweile.

Der Schülerkatalog spielte eine große, oft entscheidende Rolle. Das ganze Streben der Eltern und Schüler ging dahin, eine möglichst gute Note zu erhalten, ob das Kind wirklichen Nutzen von dem Erlernten hatte, wurde in zweiter Linie beachtet. Dabei wurde die ganze Erziehungs- und Lehrtätigkeit in der Schule in ein undurchdringliches Amts-

geheimnis gehüllt. Das natürliche Recht der Eltern, zu erfahren, was ihre Kinder in der Schule lernen, was dort vorgeht, wurde völlig übersehen. Die Eltern erfuhren von ihren Kindern nur durch die spärlichen Schulzeugnisse, durch Wahnschreiben von der Schule und durch gehässige Predigten von der Kanzel herab. Die so bedeutungsvolle regelmäßige Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrern war von vornherein unmöglich gemacht.

Dazu kam, daß für die Schülerfürsorge so viel wie gar nichts vorgeesehen wurde. Mit Ausnahme der oft sehr demütigenden Weihnachtsbeisetzungen kümmerte man sich nicht um das körperliche Wohl der armen Schüler. Es gab selbst in weniger großen Orten viele hungernde Schulkinder. Vielfach kamen sie körperlich stark vernachlässigt zur Schule, die Erwerbsarbeit der Kinder hatte 38 Prozent aller Schulkinder ergriffen, das heißt, in der Schulkasse saßen schläfrige, übermüdete Knaben und Mädchen, die für die geistige Arbeit absolut nicht aufnahmefähig waren. So wurde die Leistungsfähigkeit der Schule künstlich herabgedrückt.

Unterdes war die katholische Kirche mit Erfolg bemüht, wieder ihre politische Macht zu erhöhen. Der Niedergang des Liberalismus war nicht mehr aufzuhalten*). Die christlich-soziale Partei, unter Führung *Luegers* und *Gesumanns*, suchte immer mehr Einfluß auf die Schule und damit auf deren Verelendung zu gewinnen. „Ich mache mir meine Schulgesetze selber“, verkündete herausfordernd *Lueger*. Immer wieder brachten die Merikalen im Parlament Anträge auf Verschlechterung der Volksschule ein, so *Lienbacher*, *Lichtenstein*, *Bergani*, *Dr. Ebenhoch*, *Fedel*. Alle verlangten sie die sechsjährige Schulpflicht, Beseitigung des Realienunterrichtes, erhöhte Stundenzahl für Religion, Herabsetzung der Lehrerbildung. Immer mehr setzten sich die Merikalen auch in der inneren Verwaltung des Schulwesens durch. Unter dem Unterrichtsminister *Stürgkh* erreichte der Zwang zur Teilnahme an den religiösen Übungen (Kirchenbesuch, Prozessionsteilnahme, Beichte, Kommunion) eine Schamlosigkeit, die nicht mehr zu überbieten war. Man sperrte Eltern ein, weil sie ihre Kinder nicht beichten gehen ließen, man bedrohte sie aus demselben Anlaß mit der Entziehung der elterlichen Gewalt und verweigerte deshalb dem ausgetretenen Schüler das damals unerläßliche Arbeitsbuch.

Es kam der Krieg. Unter dem Vorwand der „Wehrhaftmachung der Jugend“ suchte man nun den ganzen Unter-

*) Schon 1884 gelang es durch die sogenannte Schulgesetzknobelle wesentliche Teile des Reichsvolksschulgesetzes zu verschlechtern.

richtsbetrieb zu militarisieren. Im Turnunterricht wurde das militärische Kommando eingeführt, in den Mittelschulen wurden jugendliche militärische Formationen gebildet, die Schulkinder zu Sammlungen verwendet; ja der Feldmarschall Höhendorf verlangte die Militarisierung der Hochschulen. Der Unterricht in den Volks- und Bürgerschulen litt furchtbar unter der Beschlagnahme von Schulgebäuden. In Wien waren allein 250 Schulhäuser von der Militärverwaltung in Anspruch genommen worden. In jenen Schulen, die Einquartierung hatten, bedeutete dies die völlige Zerstörung aller Lehrmittelsammlungen, Schülerbüchereien und anderer Bestände. Da man schon unreife Jungen an die Front schickte, mußte man durch die sogenannte Kriegsmatura scheinbar zu Hilfe eilen; in Wirklichkeit stellte man Zeugnisse über nichtvorhandenes Wissen aus. So war das österreichische Schulwesen auf einen verhängnisvollen Tiefstand herabgesunken. Auch auf diesem Gebiet war ganze Zerstörungsarbeit geleistet worden.

Das Jahr 1918 brachte die Abrechnung. Das gleiche politische Recht für Mann und Frau wurde errungen, Morisches beseitigt und aus dem absolutistisch regierten Kaiserstaat eine demokratische Republik gemacht. Da jeder Bürger dieses Staates auf die politische Gestaltung nunmehr gleichberechtigten Einfluß nehmen kann, liegt es im Staatsinteresse, der Jugend, den zukünftigen Bürgern, eine möglichst tiefgehende, zur selbständigen Urteilsfähigkeit führende Bildung zu ermöglichen. Vom erzieherischen Standpunkt aus muß das Verständnis für soziales Denken und Handeln geweckt werden. Seit Jahrhunderten haben große Männer, so Comenius, Rousseau, Fichte, Pestalozzi, Fröbel bis zu den modernen Forschern Kerchensteiner, Natorp, Meumann auf dem Gebiete der Jugend- und Menschheitsziehung Wertvolles hergebracht. Schon in der Vorkriegszeit beschäftigten sich einzelne Lehrer, von ihren Vorgesetzten allerdings oft deshalb schief angesehen, mit Versuchen, den Unterricht methodisch und fachlich den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung anzupassen. Die Sozialdemokratie trat 1918 in die Regierung ein, um zunächst die Grundlagen der jungen Republik zu legen und die Vorbedingungen für ihre weitere Entwicklung zu schaffen. Es war ganz selbstverständlich, daß sie dem so bedeutungsvollen Schulwesen ihr ganzes Augenmerk zuwandte, daß sie das Unterrichtsressort für sich in Anspruch nahm und dadurch endlich die Bahn zur Schulerneuerung frei wurde. Unter Führung des Unterrichtsministeriums begann eine ungemein freudige Aufbauarbeit. Im größten Maßstab wurden Schulversuche systematisch durchgeführt, eine wohlorganisierte

Aufklärungsarbeit für die Lehrerschaft ermöglicht; bald zeigte sich reges schöpferisches Leben. Die vom Unterrichtsministerium herausgegebenen „Leitfäden für die Neugestaltung des gesamten Unterrichts“ waren die Unterlage für die Arbeit. Ein den modernen Grundsätzen entsprechender provisorischer Lehrplan für die Volksschulen wurde 1920 zur Erprobung an die Schulen geleitet.

C. Die Arbeitsschule.

Der neue Volksschullehrplan,

der den alljährlich zu vermittelnden Wissensstoff festlegt, schlägt auf vielen Gebieten des Schulbetriebes einen ganz neuen Weg ein. In den vier untersten Klassen der Volksschule wird der „Gesamtunterricht“ eingeführt. Das war wohl die einschneidendste Neuerung! An Stelle des früheren Stundenplanes tritt der Arbeitsplan des Lehrers, der täglich nach den Bedürfnissen des Unterrichtes vorbereitet wird. Das Lehrgut wird in seinem natürlichen Zusammenhange geboten, das heißt, es wird nicht in der Form eigener Lehrgegenstände (Erdkunde, Geschichte, Naturkunde, Rechnen, Sprachlehre usw.) in einzelne Stunden zerissen, sondern in seiner selbstverständlichen Einheit an die Schüler herangebracht. Ein Sachgebiet wird ausgewählt, und dieses nach allen Richtungen besprochen, wobei sich von selbst der Unterricht in den einzelnen Lehrgegenständen ergibt. Das Gedicht, die Rechenaufgabe, das Aufsatzthema, das Schullied, das Zeichnen, das Lesethema, all das ist aus dem Kreis des Sachgebietes entnommen. Dadurch wird nicht nur der Gegenstand allseitig beleuchtet, der Unterricht wird auch interessant und logisch; er macht den Kindern Freude. Immer wieder wird das natürliche Interesse des Schulkindes erweckt, das Kind zu scharfer, selbständiger Beobachtung angeleitet und zur Bewertung des Beobachteten gebracht. Früher hatte das Kind das vom Lehrer Gebotene einfach entgegenzunehmen, zu „lernen“, jetzt soll das Kind durch geschickte Führung des Lehrers das Neue selbst entdecken, erforschen, „erarbeiten“, darum nennt man im Gegensatz zur „Lernschule“ die jetzige Schule „Arbeitsschule“. Der Lehrer sucht immer wieder aus den Kindern all das, was sie zu Hause, in ihrer Umgebung, auf dem Schulwege beobachtet und erlebt haben, „herauszuholen“, um diesen geistigen Besitz zu einem geordneten Wissen zu verbinden. Da in einer Klasse Kinder aus ver-

schiedenen Familien beisammensitzen, die mancherlei schon erlebt haben gibt es immer reichlichen Stoff. Geistige Regsamkeit wird dadurch hervorgerufen. Das Kind lernt schon in der ersten Schulzeit seinen geistigen Besitz in verständlicher Form den andern mitzuteilen, das Wissen des einen Kindes wird durch das des andern ergänzt. An die Stelle öden Lernens tritt das freudige Erleben, an die Stelle der mechanischen Gedächtnisarbeit das beseligende selbständige Arbeiten, wobei natürlich auch auf eine vernünftige Pflege des Gedächtnisses Bedacht genommen wird. Der Lehrer tritt als „Gebender“ stark zurück, er leitet möglichst unauffällig die geistige Arbeit, damit keine Zersplitterung oder Ablenkung eintrete. Soll ein Wissensgut erarbeitet werden, für das die Kinder wenig oder nichts mitbringen, dann greift der Lehrer zum „geistigen Einkauf“. Er führt die Kinder dorthin, wo sie Gelegenheit haben, auf dem gewünschten Gebiete Erfahrungen zu sammeln. Man nennt dies die *V e h r a u s g ä n g e*. Das gab es früher freilich nicht. Es war daher begreiflich, daß viele Eltern anfangs diese Einführung mit Mißtrauen begleiteten und die Lehrausgänge mit zwecklosen Spaziergängen verwechselten.

Wie außerordentlich wichtig ist es, den Kindern anstatt der öden Lesebuchweisheit die Welt zu zeigen, wie sie wirklich ist! Die engen Schulwände werden gesprengt: Hinaus in die Straßen, in die Natur, in die Werkstätten! Öffnet Hirn und Herz, ihr Kinder müßt euch zurechtfinden lernen im drängenden, treibenden Leben! Augen und Ohren auf! So sieht eine wirkliche Schule des Lebens aus. Heute gibt es in Wien kein elfjähriges Kind, das nicht seine Heimatstadt aus eigener Anschauung kennen würde, das nicht bis ins einzelne gehende Auskünfte zu geben vermöchte. Und sind die Kinder von dem Lehrausgang zurückgekehrt, dann schließt sich eine rege geistige Arbeit an, jeder hat etwas anderes erlebt und gesehen, jeder will dem andern seine Erfahrungen mitteilen. Die freie *N e d e* entfaltet sich wie von selbst. In der Form des freien *A u s s a g e s* wird das Erlebte zu Papier gebracht. Das *Z e i c h n e n* muß herhalten, um in der Form von Illustrationen festzulegen, was das Kind gesehen hat. Und schließlich greift das Kind zum *M o d e l l i e r e n*, um aus dem Gedächtnis plastisch seine Vorstellungen festzulegen. Das nennt man einen lebensvollen Unterricht! Eigene „Arbeitsbücher“ entstehen, die all das im Schulleben geistig Eroberte festhalten. So wird Welt und Schule in unmittelbare Verbindung gebracht. Was aber das Wichtigste ist, das sind die leuchtenden Kinderaugen, das ist die natürliche geistige Regsamkeit, das ist das Aufgehen in einer Aufgabe! Und jedes

Elternpaar kann Zeugnis dafür abgeben, wie gerne seine Kinder die Schule besuchen. Endlich geht die Schule von der Persönlichkeit und den Bedürfnissen des Kindes aus, endlich ist der Lehrer zum natürlichen Führer, Freund und Ratgeber der Kinder geworden! Freude, Frohsinn regieren die Schulstube! Der neue Lehrplan gibt Anregung, und insbesondere bildet er den Rahmen für diese zeitgemäße Gestaltung des Volksschulunterrichtes.

Da auf Grund dieses Lehrplanes mit großer Aussicht auf Erfolg die Selbständigkeit des Kindes im Denken und Handeln vorbereitet wird, ist es erklärlich, daß die klerikale Partei ihn bald zum Gegenstand ihrer gehässigen Angriffe machte. Die Klerikalen können aufrechte, selbstbewußte Menschen nicht brauchen, sie eignen sich nicht für ihre Politik. Man versuchte Mißtrauen bei den Eltern zu erregen, erklärte, die Kinder lernten in der Schule nichts mehr, es sei dort kein Raum für ernste Arbeit, die Schulzucht leide außerordentlich. Die Bischöfe schrieben Hirtenbriefe, in denen sie die Schulreform als Satanswerk denunzierten, ja, man ging daran, alljährlich einen eigenen Schulsonntag einzuführen, an dem Versammlungen, Gottesdienste, Predigten angehängt werden, die ausschließlich den Zweck haben, gegen die Schulreform und für die klerikale konfessionelle Schule zu wirken. Im Sommer 1926 wagten die Bischöfe einen entscheidenden Schlag gegen die Schulreform: sie gaben dem damaligen klerikalen Unterrichtsminister den Auftrag, den neuen Lehrplan über Nacht durch einen klerikalen rückschrittlichen Lehrplan zu ersetzen. Die Herren Bischöfe hatten die Wirkung, die die neue Schule auf die Eltern hervorgebracht hatte, sehr unterschätzt. Sie waren zu spät aufgestanden, die Erfolge der neuen Schule waren schon ganz augenscheinlich geworden, die Herzen schon erobert! Ein leidenschaftlicher Widerspruch erhob sich gegen die heimtückische Tat des Unterrichtsministers Dr. Schneider.

Es kam zu schweren Kämpfen in der Presse und im Parlament. Da sich die Christlichsozialen auch noch eines Wortbruches schuldig machten, wurde die parlamentarische Arbeit von den Sozialdemokraten lahmgelegt! Eine ungemein eindrucksvolle Massendemonstration auf der Ringstraße bewies unzweifelhaft die Kampfschlossenheit des Proletariats. Unterrichtsminister Schneider mußte zurücktreten. Der rückschrittliche Lehrplan wurde zurückgenommen und nach längeren Verhandlungen wurde der moderne Lehrplan für die ganze Republik durchgesetzt. Damit war die innere Reform der Volksschule ermöglicht und ein voller Erfolg erzielt.

Soll das Kind geistig arbeiten, muß man für seine körperliche Wohlfahrt sorgen.

Die sozialdemokratische Verwaltung der Stadt Wien hat 50 Schulärzte und 210 Schulfürsorgerinnen bestellt, die über die körperliche Entwicklung der Schulkinder wachen. In den 11 Schulzahnkliniken wird die Zahnpflege der Kinder betrieben. Wer hat sich in unserer Jugend um unsere Zähne gekümmert! Alljährlich werden die Kinder der ersten Volksschulklasse darauf untersucht, ob sie durch Tuberkulose gefährdet sind. Auf Grund dieser Untersuchungen wird ein eigener Kataster angelegt, der eine systematische Pflege dieser Kinder ermöglicht. Es ist ein stolzes Wort: Die Millionenstadt Wien hat kein hungerndes Schulkind! Täglich erhalten fast 20.000 Kinder nahrhafte und ausreichende Kost. Achtzig Prozent der Schulkinder, die an der Schülerauspeisung teilnehmen, erhalten das Mittagmahl auf Kosten der Gemeinde. Für Zwecke der Schulfürsorge gibt die Stadt Wien 20 Millionen Schilling jährlich aus. Wie haben sich die Verhältnisse im roten Wien gegenüber jener Zeit geändert, wo das Geschäftskristentum die Stadt verwaltete!

Wie sieht die Schule aus, in die unsere Kinder gehen?

Betritt man eine moderne Schulklasse, dann bietet sich nicht ein kahler Raum dar, die Wände sind mit Bildern, mit Schülerarbeiten geschmückt, Blumen stehen am Fenster. In einer Ecke ist oft ein kleines Aquarium untergebracht. Alles ist getan, um den Kindern den Aufenthalt heimisch zu gestalten. Soweit die Neueinrichtung von Klassen durchgeführt werden konnte, hat man die unbequemen, vielfach gesundheitsgefährlichen Schulbänke entfernt und an deren Stelle das Natürliche, nämlich Tisch und Sessel, gegeben. Nicht mehr „Hände auf die Bank!“, sondern „Nührt die Händel!“ Da im modernen Unterrichtsbetrieb der Lehrer möglichst zurücktritt, die Kinder zueinander zu sprechen haben, ist die alte Aufstellungsform der Schulbänke, eine Bank hinter der andern, unzumutbar geworden. Die Kinder sollen sich gegenseitig sehen, deshalb ordnet man die Tische in einem Halbkreis an. Das Podium, von dem aus der Lehrer über die Schüler thronte, ist überflüssig geworden. Der Lehrer steht nun mitten im Kreise der Kinder. Er ist eben nicht mehr die harte äußerliche Autorität, er ist Freund, Führer und Erzieher der Jugend geworden. Der

größte methodische Erfolg ist es, wenn es dem Lehrer gelingt, die innere Teilnahme der Kinder an dem Unterricht in dem Maße zu steigern, daß die Kinder von dem Gegenstande so erfüllt sind, daß der Lehrer zurücktreten kann und sich ein „Schülergespräch“ ergibt. Also nicht mehr: Du darfst nur sprechen, wenn dich der Lehrer fragt (altes Autoritätsprinzip!), sondern sprich, wenn du etwas weißt oder wissen willst, in den gesellschaftlich notwendigen Formen! Früher gab es, wie schon erwähnt, als erlassenes Gesetz die „Schulordnung“. Sie wurde zu Beginn des Schuljahres verlesen und suchte durch Verbote und Gebote, die von der Schulleitung verordnet waren, das Schulleben zu regeln; genau so wie es der Obrigkeitsstaat übte. In einem demokratischen Staat geben sich die Bürger die Gesetze selbst. So hält man es nun auch mit der Schulordnung. Kommt ein Kind zu spät in die Schule, empfinden die Kinder selbst die arge Störung des Unterrichtes. Nun muß manches wiederholt werden, die Kinder sind ungehalten darüber und es ist nicht verwunderlich, wenn ein Kind nun ausspricht, daß solche Vorkommnisse sich nicht ereignen dürfen. Die Klasse einigt sich darauf, daß niemand zu spät kommen dürfe. Das wird nun als Gesetz aufgeschrieben. In der Hitze der Diskussion lassen sich die Kinder verleiten, durcheinander zu reden oder gar zu schreien. Bald erkennen die Kinder, daß bei gleichzeitigem Sprechen mehrerer die Rede unverständlich wird. Die Kinder gehen sofort darauf ein, sie schreiben auf, daß nur einer sprechen dürfe und daß das Schreien zu vermeiden sei. Auf diese Art wird aus den Erfahrungen und Bedürfnissen des Schullebens heraus die Ordnung und die Mitarbeit der Kinder festgelegt, „erarbeitet“. So wird in frühester Jugend schon das Kind praktisch darauf aufmerksam gemacht, daß es auch im eigenen Interesse auf seinen Nebenmenschen Rücksicht nehmen müsse, es wird systematisch zum sozialen Empfinden und Handeln geführt. Das ist wahrhaftig ein anderer Schulbetrieb als zur Zeit, da wir in die Schule gingen, es muß ein neues Geschlecht daraus hervorgehen!

Es ist selbstverständlich, daß an dieser Neugestaltung der Schule die Eltern den innigsten Anteil nehmen. Man brauchte sie nur zu rufen. Es war daher von größter Bedeutung, an die Stelle des einstigen Amtsgeheimnisses den Eltern die Möglichkeit zu geben, sich unmittelbar über die Arbeit in der Schule, über das Verhalten ihrer Kinder unterrichten zu können. Lehrer und Eltern sollen sich nicht fremd gegenüberstehen. So wurden

Die Elternvereine

geschaffen. Das Ziel ist die immer innigere Einfügung der Elternvereine in den Schulbetrieb bis zu einer wirklichen Erziehungsgemeinschaft. Eltern und Lehrer sind verbunden durch eine gemeinsame Pflicht gegenüber den Kindern. Tatsächlich bewährte sich diese Idee auf das Beste. In Wien gibt es an jeder Schule einen solchen Elternverein. Nicht weniger als 11.136 Elternräte sind von der Gesamtheit der Eltern mit der Führung dieser großen Organisation betraut. Im Laufe des Schuljahres 1926/27 wurden 2212 Elternabende und 601 Feiern mit zusammen 400.000 Teilnehmern abgehalten. 2261 Vorträge wurden geboten. Das Wichtigste aber liegt in der unmittelbaren Verbindung zwischen Elternhaus und Schule. So wie die Republik durch den Republikanischen Schulbund, so soll die Schulreform durch die Elternvereine geschützt werden! Heute könnten wir uns die Schule ohne Elternverein gar nicht mehr denken. Und so ist die Zeit glücklicherweise vorbei, in der die Eltern über die Schule nur von der Kanzel etwas erfahren konnten.

Was leistet die sozialdemokratische Gemeinde Wien für das Schulwesen?

Für die 371 Volks- und 165 Bürgerschulen (Hauptschulen), sowie für die Lehrerfortbildung und das gewerbliche Fortbildungsschulwesen hat die Stadt Wien für das Jahr 1928 fast 80 Millionen Schilling bestimmt. Da den Kindern die Lernmittel (Bücher, Zeichenrequisiten, Handarbeitsmaterial usw.) kostenlos ausgefolgt werden, bedeutet dies eine Ausgabe von 2.300.000 Schilling, das heißt, die Eltern müßten für jedes Schulkind im Jahre 24 Schilling auslegen, hätte die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung nicht die Unentgeltlichkeit der Lernmittel beschlossen. Den Eltern würden aber ungleich größere Opfer zugemutet, da die Gemeinde alle diese Dinge als Massenartikel herstellt und sich daher der Preis mindestens um die Hälfte geringer stellt. Für jedes Schulkind gibt die Gemeinde Wien an Gesamtkosten jährlich 450 Schilling aus. Das ist ein hoher Betrag!*)

*) Noch augenfälliger wird die Leistung der Gemeinde Wien, wenn man erfährt, daß sie zu Beginn des Schuljahres nicht weniger als 14 Waggon an Schreib- und Zeichenrequisiten, 6 Waggon an Lehrbüchern und 1½ Waggon für Bücher an Lehrer- und Schülereien liefern mußte.

Seht ihr jetzt, wohin die „Breitnersteuern“ fließen?

Die Schülerzahl ist seit 1914 um 106.000 zurückgegangen. Eine furchtbare Kriegsfolge! Die Gemeinde Wien hat diesen Umstand dazu benützt, um in einer Schulklasse möglichst wenig Kinder einem Lehrer zu übergeben. Die Durchschnitts-schülerzahl einer Klasse ist in

Oberösterreich	487
Burgenland	473
Steiermark	453
Kärnten	406
Salzburg	398
Tirol	377
Niederösterreich	362
Vorarlberg	316
Wien	290

Nur wenn dem Lehrer wenig Schüler zugeteilt sind, ist es ihm möglich, auf die Eigenart jedes Kindes einzugehen, die Ideen der Schulreform wirklich durchzuführen. Am 1. Oktober 1911, unter Bürgermeister Lueger, gab es in Wien 996 Klassen mit 55, 709 Klassen mit 60, 365 Klassen mit 65, 79 Klassen mit 70, 12 Klassen mit 75, 2 Klassen mit 80 und 2 Klassen mit 84 Kindern.

An die Stelle des öden Lesebuches werden in jeder Klasse dem Kinde 10 bis 15 Bücher, die innerlich und äußerlich gleich mustergültig sind, in die Hand gegeben: die Klassenlektüre! Ein genauer Plan für die Verwendung dieser Bücher ist aufgestellt. 110 Bücher werden im Laufe der Schulzeit mit den Kindern besprochen. Von der Fibel bis zu den Werken der Klassiker werden so die Kinder in die Literatur eingeführt. Auf diese praktische, überzeugende Art bekämpft die Gemeinde Wien die Schmutzliteratur, erweckt sie in den Kindern die Sehnsucht nach dem guten Buch, die Lust zum Lesen, den Drang nach Anlage einer eigenen Bücherei!

Schulwerkstätten werden errichtet, Schulküchen geschaffen. Neue Anschauungsbilder, so die Serie „Stätten der Arbeit“, schmücken die Wände der Schulzimmer. Selbstverständlich gibt es Schulen für schwach-befähigte, taubstumme, schwerhörige, fehlschwache und verkrüppelte Kinder, wo auf die Gebrechen der Kinder Rücksicht genommen wird.

So sorgt die Stadt Wien getreulich für die Jugend!

An den großen Erfolg der Erneuerung des Volksschulwesens mußte sich der weitere innere Umbau des Schulwesens für das Lebensalter von 10 bis 14 bezie-

hungsweise 18 Jahren anschließen. Hier spielt für uns

der Abbau des Bildungsprivilegs

die entscheidende Rolle. Es mußte versucht werden, diesem Problem praktisch an den Leib zu rücken. Wieder ging die Stadt Wien mit einer wohlorganisierten Schulversuchsarbeit voraus, ja, Wien blieb auf diesem Gebiete völlig allein. Die Versuche wurden nach zwei Richtungen gemacht:

a) An die Stelle der dreiklassigen Bürgerschule wurde in achtzehn Schulen eine vierklassige „Allgemeine Mittelschule“ gesetzt. Da diese Schule Pflichtschule war, war das Studium wie in der Volks- und Bürgerschule völlig kostenfrei.

b) An Stelle des Untergymnasiums, Unterrealgymnasiums und der Unterrealschule wurde versuchsweise eine einheitliche Untermittelschule, die „Deutsche Mittelschule“ gesetzt. Diese Schule war eine Wahlschule, hier mußte also genau so wie in den andern Mittelschulen Schulgeld gezahlt werden. Beide Schularten wurden nun durch acht beziehungsweise fünf Jahre erprobt. Eine außerordentlich schwere und verantwortungsvolle Arbeit mußte von Mittel- und Bürgerschullehrern in aufopferungsvollster Weise geleistet werden. Dafür waren aber auch die Erfolge überraschend günstige. Die Idee konnte sich siegreich durchsetzen. Noch im Dezember 1926 machte der flexikale Unterrichtsminister Schmitz in der Form von „Richtlinien“ Vorschläge für die zukünftige Gestaltung dieses Teiles des Schulwesens. Es war bezeichnend, daß Herr Schmitz die geleistete Vorarbeit Wiens nicht einmal mit einem Worte erwähnte. Er hatte sich für die Vogel-Strauß-Politik entschieden. Der Wiener Stadtschulrat erhob lebhaftesten Protest gegen die Absicht des Ministers, die Bürgerschule noch mehr wie früher dadurch abzusperren, daß er eine Aufnahmsprüfung vorsch, verwahrte sich dagegen, daß die Aufstiegs-möglichkeiten in die höheren Schulen außerordentlich beschränkt wurden und verwies mit Nachdruck auf die erfolgreich durchgeführten Wiener Versuche. Schon die Regierungsvorlage, die Schmitz dann im Parlament einbrachte, unterschied sich wesentlich von den Richtlinien. Herr Schmitz wagte es nicht mit allen seinen reaktionären Wünschen vor das Parlament zu treten. Trotzdem gerieten während der parlamentarischen Verhandlungen die Gegensätze hart aneinander. Der Aufstieg der Kinder aus proletarischen Kreisen sollte möglichst erschwert werden. Da aber für die Annahme der Schulgesetze im Nationalrat eine Zweidrittelmehrheit notwendig war, war man auf die Stimmen der Sozialdemokraten angewiesen, man mußte also auf ihre Bestrebungen Rücksicht nehmen.

Als Ziel stand den sozialdemokratischen Abgeordneten vor Augen:

1. Die Einheitschule bis zum 14. Lebensjahre. Es ist für jeden sofort einleuchtend, daß sich der Wissensstoff, der in dem Lebensalter vom 6. bis zum 14. Jahr erworben werden muß, auch innerhalb der einzelnen Schultypen nicht wesentlich unterscheidet. Für das Erlernen verschiedener Sprachen kann leicht vorgesorgt werden. Ist es daher nicht widersinnig, die Eltern schon im 10. Lebensjahre ihres Kindes vor die schwere Wahl zu stellen, endgültig über den Studiengang und damit über die spätere Lebensstellung des Kindes zu entscheiden? Ganz abgesehen davon, daß mit dem Beginn des Studiums schon im 10. Lebensjahre sich die Kosten wesentlich erhöhen, sind in diesem Lebensalter die Begabungen des Kindes noch nicht leicht erkennbar. Man kann also schon aus diesem Grunde die endgültige Entscheidung nicht treffen. Ganz anders ist es, wenn das Kind in die Zeit der Geschlechtsreife eingetreten ist, also das 14. Lebensjahr erreicht hat. Da ist es wesentlich leichter, die Begabung des Kindes richtig zu beurteilen. Die Bürgerlichen legen aber den größten Wert darauf, die Trennung ihrer Kinder von den Kindern armer Eltern möglichst früh zu vollziehen. Die Pflichtschule vom 10. Lebensjahre an soll Armenchule sein und bleiben. Die Mittelschule vom 10. Lebensjahre an soll eine Schülerauswahl, aber nicht nach dem geistigen Besitztum der Kinder, sondern nach dem materiellen Besitztum der Eltern zur Voraussetzung haben.

2. Die Aufstiegsmöglichkeit aus der Bürgerschule unmittelbar in die Oberschule (Obergymnasium, Oberrealschule, Oberrealgymnasium) zu sichern. Am 2. August 1927 wurde das Hauptschulgesetz und das Mittelschulgesetz im Nationalrat beschloffen.

Wie sieht die neue Haupt- (früher Bürger-) Schule aus?

Auf diesem Gebiete wurden fast alle unsere Wünsche durchgesetzt. Wohl wurde der Name „Allgemeine Mittelschule“ aufgegeben, der Gedanke der „Allgemeinen Mittelschule“ ist aber erhalten geblieben. So wie die Untermittelschule ist auch die Hauptschule vierjährig organisiert. Sie hat die Aufgabe, eine „abschließende Bildung zu gewähren und ihre Schüler für den Eintritt in das praktische Leben oder in Fachschulen vorzubereiten. Überdies soll sie fähigen Schülern den Übertritt in die Mittelschule ermöglichen“, sagt das Gesetz. Es gibt also

von nun ab eine vierjährige Volksschule, an die sich die vierjährige Hauptschule anschließt. In der Hauptschule soll den Kindern Gelegenheit geboten werden, eine Fremdsprache zu erlernen. Jede Klasse wird in zwei Klassenzüge geteilt. In den Klassenzug I kommen die rascher arbeitenden, die geistig lebhafteren Kinder, in den Klassenzug II die weniger beweglichen. Die Einteilung trifft die Lehrerkonferenz auf Grund der Schülerbeschreibungsbogen, die sorgfältig die geistige und körperliche Entwicklung des Kindes vom Tage des Schuleintrittes an aufgezeichnet enthalten. Jeder Vater hat das Recht, falls er mit der Einreihung nicht zufrieden ist, eine Überprüfung zu verlangen. Die Einreihung in den Klassenzug II bedeutet für das Kind keineswegs einen Schaden, im Gegenteil, man kann in einer Klasse der Langsamerarbeitenden auf diese viel mehr Aufmerksamkeit verwenden, als wie in einer Klasse, wo die verschiedenen Begabungen durcheinander gewürfelt sind, schon darum, weil die Verlockung für den Lehrer sehr groß ist, sich mit den begabteren Kindern mehr zu beschäftigen, da sie ihm seine Arbeit erleichtern und ihm mehr Erfolge bringen. Aber auch ohne diesen Umstand ist die Konkurrenz der schwächeren mit den begabteren Kindern nicht leicht, es verlieren die ersteren die Freude am Lernen, sie verzagen und die Folge davon ist dann das Wiederholen der Schulklasse. Und das ist ein großes Unglück! Es bedeutet nicht nur den Verlust eines Jahres, das ältere Kind kommt in die Gesellschaft jüngerer Mitschüler, es will sich auf irgendeine Art bemerkbar machen und nicht selten gerät es auf diese Weise auf den Weg, Anführer bei allen Ungehörigkeiten sein zu wollen. Innerhalb des zweiten Klassenzuges, der einen leichter zu bewältigenden Lehrplan hat, wird sich das Kind durchsetzen, wird seine Schule rechtzeitig absolvieren und dann doch ein Zeugnis über die Hauptschule aufweisen können. Immer wieder werden die Kinder der beiden Klassenzüge zusammengeführt. Dazu geben Schulfeiern, einzelne Lehrgegenstände genug Anlaß. Eine Degradierung der Kinder des zweiten Klassenzuges muß schon aus erzieherischen Gründen streng vermieden werden. Der Übertritt von einem Klassenzug in den andern ist auch während des Jahres leicht möglich. Schüler des ersten Klassenzuges der Hauptschule, die ein gutes Jahreszeugnis erworben haben, können ohne Aufnahmeprüfung in die nächsthöhere Klasse der Mittelschule aufgenommen werden. Nur der Übertritt aus der vierten Hauptschulklasse in die fünfte Gymnasialklasse ist nicht mehr möglich. Aber auch den Kindern des zweiten Klassenzuges ist der Aufstieg nach Ablegung einer Aufnahmeprüfung noch

immer gestattet. Was bedeutet dies? Während früher das Zeugnis der dritten Bürgerschulklasse für den Übertritt in eine Mittelschulklasse wertlos war, kann jetzt der Vater, dessen Kind besondere Anlagen aufweist, dieses nach vier Jahren Hauptschule sofort in die Obermittelschule eintreten lassen. Dadurch wird das teure achtjährige Mittelschulstudium auf vier Jahre herabgesetzt. Dazu kommt, daß die Gemeinde Wien eine große Zahl von Mittelschulstipendien geschaffen hat, die in erster Linie den Kindern aus der Hauptschule zukommen sollen. Es ist also tatsächlich ein schweres Hindernis des Aufstieges von Proletarierkindern beseitigt.

Wie sieht die neue Mittelschule aus?

Hier war es nur möglich einen Teil unserer Wünsche durchzusetzen. Der Name „Deutsche Mittelschule“ mußte verschwinden. Aber trotzdem ist eine innerliche Vereinheitlichung der Untermittelschulen durchgeführt worden. Die verschiedenen Untermittelschultypen haben wohl die alten Namen behalten, doch wird der Lehrplan völlig übereinstimmen (Unterschiede nur die Fremdsprachen!), aber noch mehr, der Lehrplan der Untermittelschule wird im Wesen dem Lehrplan der Hauptschule gleichen, damit eben der Übertritt jederzeit ermöglicht ist. Hier wird man noch große Vor­sicht üben müssen, damit nicht der klerikale Unterrichtsminister auf dem Verwaltungswege die Absicht des Gesetzes durchkreuzt. Sehr erfreulich ist es, daß in dem Lehrplan der Untermittelschule der Handfertigkeitunterricht verbindlich eingeführt wurde. Es wird also in Zukunft keinen Priester, Advokaten, Arzt oder andern Intellektuellen geben, der nicht in seiner Jugend an einer Hobel- oder Drehbank gestanden ist. Erst jetzt werden viele erkennen, daß die sogenannte Handarbeit doch nicht so einfach zu leisten ist, daß es hier auf Genauigkeit, Gewissenhaftigkeit und Ausdauer ankommt. Aus dieser Erfahrung heraus wird es den Reaktionären schwer werden, in Zukunft die „Kopfarbeiter“ gegen die „Handarbeiter“ auszuspielen. Die Arbeit ist eine Einheit! Hand- und Kopfarbeiter sind aufeinander angewiesen, haben die gleichen wirtschaftlichen Ziele und müssen sich daher zusammenschließen, um die Interessen aller Arbeitenden gegenüber denen der Drohnen der Gesellschaft wirksam zu vertreten.

Neben diesen Schulkategorien werden noch Einrichtungen geschaffen, die es auch Kindern, die nicht eine normale Hauptschule besuchen konnten, ermöglichen, falls sie die Begabung aufweisen, die Hochschulreise zu erlangen. Solche Kinder, die

ein gutes Hauptschulenklassungszeugnis aufweisen, oder, wie es in den Landhauptschulen wohl häufig der Fall sein wird, keine Fremdsprache erlernen konnten, werden in sogenannte „Überleitungsklassen“ eintreten, die zwischen der Hauptschule und der Obermittelschule eingeschoben werden, und die notwendigen Sprachkenntnisse vermitteln sollen. Solche Kinder, denen nur eine Volksschule mit wenigen Klassen zur Verfügung stand, kommen in „Aufbauschulen“, die, auf die Vorbildung der Kinder Rücksicht nehmend, diese zur Hochschule führen. Selbst Personen, die schon im Berufsleben stehen, ihre Lehrzeit vollendet oder das 17. Lebensjahr zurückgelegt haben, stehen „Arbeitermittelschulen“ zur Verfügung, in denen in kürzerer Zeit die Schüler so weit gebracht werden, daß sie ein Reifezeugnis einer Obermittelschule erlangen. Die Aufstiegsmöglichkeit des Proletarierkindes ist nun in folgender Weise geregelt:

1. Vierjährige Volksschule (unentgeltlich), 2. für besonders Begabte, Eintritt in die Bundeserziehungsanstalten (Internatsbetrieb, die Gebühren sind von der Höhe des Arbeitseinkommens der Eltern abhängig) oder 3. vierjährige Hauptschule (unentgeltlich), dann 4. entweder Eintritt in eine Fachschule, in eine Lehre (Fortbildungsschulunterricht), oder 5. Eintritt in eine Obermittelschule (Stipendien).

Man kann ruhig behaupten, daß in keinem andern Lande der Aufstieg der Tüchtigen so erleichtert ist, wie in der Republik Österreich. Es soll dabei nicht übersehen werden, daß trotz dieser Möglichkeiten das Proletarierkind noch außerordentlich schwere Hemmnisse überwinden muß. Nur ein Teil der Proletarierecktern ist imstande, ihr Kind bis zum 18. oder gar 22. Lebensjahr erhalten und anständig kleiden zu können. Da muß oft die ganze Familie zu schweren Opfern für ein Kind herangezogen werden. Erst dann, wenn die Gesellschaft den wertvollen Nachwuchs so weit unterstützt, daß wirklich alle Tüchtigen jene Ausbildung genießen können, auf die sie mit Rücksicht auf ihre Begabung Anspruch erheben können, ist unser Ziel erreicht.

Sat denn das Proletariat überhaupt Interesse an den höheren Schulen? Wir haben es am eigenen Leibe verspürt, daß man durch eine Revolution wohl Macht erobern kann, die Macht zu erhalten wird das Proletariat nur dann imstande sein, wenn es an entscheidende Verwaltungsstellen, an leitende Posten, ausgezeichnet vorgebildete Menschen, die aus dem Proletariat stammen und noch mit tausend Fäden mit ihm verbunden sind, setzen kann.

Immer mehr rückt das organisierte Proletariat von der Kritik zur aufbauenden Arbeit vor, immer dringender wird daher dieses Bedürfnis nach fachlich und allgemein durchgebildeten Proletariierkindern.

Überblickt man den Weg, den wir vom Jahre 1919 bis heute auf dem Gebiete der Schulreform zurückgelegt haben, erinnert man sich an die fanatischen Kämpfe, die wir führen mußten; denkt man an die Wahlagitation noch im April 1927, wo die Einheitsliste in einem Wahlflugblatt der Schulreform vorwarf, daß „die ganze sozialdemokratische Erziehungsmethode auf die hemmungslose Entfaltung des Geschlechtstriebes eingerichtet ist“, daß die „Geschlechtskrankheiten im steten Zunehmen begriffen sind“ und „fünfzehnjährige Mütter in Wien die Regel geworden sind“, und vergleicht dann den Erfolg unserer Arbeit, dann können wir mit wirklicher Befriedigung auf die Leistung der sozialdemokratischen Partei zurückblicken.

Nun bleibt noch ein wichtiges Gebiet zu regeln:

Die Lehrerbildung.

Die heutigen Lehrerbildungsanstalten sind nicht mehr ihrer Aufgabe gewachsen. Vier Jahre Lehrerbildung ist ein Hohn gegenüber den Leistungen, die man von dem modernen Lehrer verlangen muß. Die Sozialdemokraten haben im Nationalrat einen Gesetzesentwurf eingebracht, der verlangt, daß jeder Lehrer in Zukunft ein Reisezeugnis einer Mittelschule aufweisen und dann erst eine wissenschaftlich-fachliche Ausbildung an einer Hochschule erwerben müsse. Die Volksschullehrer hätten zwei Jahre, die Hauptschul- und Mittelschullehrer vier Jahre an der Hochschule zu studieren. Wieder hat Unterrichtsminister Schmitz, diesmal im Dezember 1927, stockreaktionäre Vorschläge in der Form von Richtlinien für die Reform der Lehrerbildung der Öffentlichkeit unterbreitet. Da zur Gesetzgebung auch die Stimmen der Sozialdemokraten notwendig sind, kann man mit Veruhigung der parlamentarischen Arbeit entgegenblicken. Herr Schmitz wird entweder ein brauchbares Lehrerbildungsgesetz machen, oder er wird nichts durchzusetzen vermögen. Ist es nicht eine Schande, daß in der Republik Österreich noch heute nur 15 Bundeslehrerbildungsanstalten, aber 20 Lehrerbildungsanstalten, die von Klöstern geführt werden, bestehen? Sind Klosterfrauen die geeigneten Lehrerbildner? Die Stadt Wien hat sich für alle Fälle vorgeesehen, und bildet sich ihre Lehrer seit zwei Jahren in eigenen hochschulmäßigen Kursen aus.

Wie war es nur möglich, mit den so wenig vorgebildeten Lehrern diese ungeheure Arbeit der Schulerneruerung zu leisten? Die Gemeinde Wien hat dem die Lehrerschaft zu ehrenden Fortbildungsdrang Rechnung getragen. Sie schuf eine „Pädagogische Zentralbücherei“, die gegenwärtig 120.000 Bände aufweist, sie rief das „Pädagogische Institut der Gemeinde Wien“ wieder ins Leben, gestaltete es im modernsten Sinne aus und bietet so über 3000 Lehrern die Möglichkeit einer systematischen Fortbildung. In erster Linie sei aber dankend der Lehrergemeinschaften gedacht, in denen die gesamte Lehrerschaft freiwillig aktiv an dem Eindringen in die modernen Ideen der Schulreform wirkte.

Wurde auch für unsere Lehrlinge gesorgt?

Es ist gar nicht lange her, daß Lehrlinge und Lehrmädchen, oft bei kleinen Meistern elend untergebracht, als Warteperson für die Kinder des Meisters verwendet, nur mit dürftiger Kost versehen, körperlichen Mißhandlungen ausgesetzt, eine trübe Jugend verlebten. Der Unterricht in der Gewerbeschule, vielfach am Sonntag vormittags und in die Abendstunden verlegt, wurde in überfüllten Klassen an völlig verschieden vorgebildete Lehrlinge erteilt. Heute ist es doch schon besser geworden. Der Sonntagsunterricht ist beseitigt, die Unterrichtszeit ist so angeordnet, daß ein ganzer Tag in der Woche der Schulausbildung gewidmet wird. Zwei prächtige große Fortbildungsschulgebäude und ein kleineres Schulgebäude nehmen über die Hälfte der 32.025 Lehrlinge auf; ganz ausgezeichnet eingerichtete Lehrwerkstätten führen die jungen Leute in die moderne Betriebsweise ein. Durchgebildete, aus der Praxis kommende Fachlehrer leiten den Unterricht. Das im Vorjahr eröffnete Fortbildungsschulgebäude in der Gütteldorferstraße ist eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges. So wurden in früherer Zeit nicht einmal Universtitäten gebaut. Das erstemal wird hier der Versuch gemacht, mit der Schule ein Lehrlingsheim zu verbinden. Der Bauplatz erreicht ein Ausmaß von fast 14.000 Quadratmeter. 13 Vortragsäle, 20 Zeichenäle sind untergebracht, neben einem außerordentlich geräumigen Speisesaal für die Lehrlinge ist ein großer Erholungsraum vorgesehen. Ein Festsaal mit einer Theaterbühne gibt einen prächtigen Rahmen für Schüleraufführungen. Den Lehrlingen stehen neun Büchereien mit 80.000 Bänden zur Verfügung. Um den Lehrlingen und Lehrmädchen Gelegenheit zu geben, ihre musikalischen Anlagen aus-

zubilden und ihre arbeitsfreie Zeit in genügender Weise zu verwerten, wurden Musik- und Gesangskurse geschaffen. Es gibt Lehrlingsorchester, die eine überraschend hohe Vollkommenheit erreicht haben. 600 Lehrlinge beteiligen sich an der Musikpflege. Von größter Wichtigkeit ist die körperliche Erziehung. 24 Wandergruppen führen die jungen Menschen in die Touristik ein. Auf neun Sportplätzen kommen leichtathletische Übungen, Fuß- und Handballspiele zur Durchführung, 19 Eislaufplätze stehen zur Verfügung. Im Jörger- und Margaretenbad wurde Gelegenheit für den Schwimmunterricht geboten. So ist alles bestrebt, den Nachwuchs der Arbeiterschaft körperlich und fachlich sorgsam zu betreuen. Wohl ist noch manches zu leisten, aber der glückliche Beginn der Arbeit läßt auf vollen Erfolg hoffen.

Das schmächtigste Kapitel der Schulentwicklung ist die burgenländische Schulschande.

Burgenland, das vor 1918 ein Teil Ungarns und daher mit dem Fluch der konfessionellen, völlig rückständigen Volksschule belastet war, konnte mit Recht hoffen, daß mit seiner Angliederung an Österreich mindestens das dort bestehende Reichsvolksschulgesetz auch für das Burgenland wirksam gemacht werden wird. Die Burgenländer sollten arg enttäuscht werden. Herr Seipels Herzenswunsch, in ganz Österreich die schwarze Schule einzuführen, war unvermutet zunächst in einem Bundesland erfüllt. Seipel ist es, der nun alle Anstrengungen und leider bisher mit Erfolg macht, diesen unwürdigen Zustand zu erhalten. So ist gegenwärtig in einem Bundesland der österreichischen Republik ein ungarisches Schulgesetz wirksam, das die konfessionelle Schule mit all ihren Verbrechen an der Jugend aufrechterhält. So wie es in dem andern Österreich vor 1869 war, so ist es jetzt im Burgenland. Schlechte Schulhäuser, knechtische Abhängigkeit des „Schulmeisters“ vom Pfarrer, traurige Schulerfolge, kurz alles nach den Wünschen der Klerikalen. Die Burgenländer haben nun in ihrem Landtag gegen die Stimmen der Klerikalen den Beschluß gefaßt, das Reichsvolksschulgesetz auch in ihrem Land wirksam zu machen. Dieser Beschluß konnte nur zustande kommen, weil die Sozialdemokraten, Großdeutschen und Landbündler geschlossen dafür gestimmt hatten. Herr Seipel legte, entgegen seiner Pflicht, den Landtagsbeschluß dem Nationalrat einfach ein. Da beantragten die Sozialdemokraten bei der Budgetdebatte im Jahre 1925, die Regierung aufzufordern, den Beschluß des burgenländischen Landtages durchzuführen. Während sich die Großdeutschen im burgenländischen Landtag

für den Antrag ausgesprochen hatten, stimmten sie über Befehl des römischen Prälaten im Nationalrat dagegen und brachten so den Antrag zu Fall. Ein Jahr später stellten die Sozialdemokraten und Landbündler beim gleichen Anlaß denselben Antrag. Vor dem Tag der Abstimmung veranstalteten die deutschnationalen Lehrer eine Versammlung, in der sie ihre Abgeordneten aufforderten, für den Antrag zu stimmen. Tatsächlich wurde bei der Abstimmung im Jahre 1926 der Antrag der Landbündler mit zwei Stimmen Mehrheit angenommen, da mit den Sozialdemokraten die Großdeutschen und Landbündler stimmten. Nun lag der Regierung ein klarer Auftrag vor. Die großdeutschen Minister, die in erster Linie durch den Beschluß ihrer eigenen Parteigenossen gebunden waren, setzten aber in der Regierung die Durchführung des Auftrages des Nationalrates nicht durch, ja sie machten nicht einmal einen Versuch dazu — sie klammerten sich dafür an ihre Ministerposten. Es kamen die Wahlen April 1927. Herr Seipel erlitt mit seiner Einheitsliste eine empfindliche Niederlage. Christlichsoziale und Großdeutsche allein konnten keine Regierung bilden, die über eine tragfähige Mehrheit verfügt hätte. Sie nahmen daher auch den Landbund in die Regierung auf. Man war nun gespannt, wie sich der Landbund, der stets für das Reichsvolksschulgesetz im Burgenland eingetreten war, verhalten werde. Es kam so, wie man es bei der reaktionären Gesinnung der bürgerlichen Parteien hatte erwarten müssen. Der Landbund fiel ebenso um, wie vorher die Großdeutschen. Als nun die Sozialdemokraten im Dezember 1927 abermals den gleichen Antrag für das Burgenland stellten, zählten die bürgerlichen Parteien im Budgetausschuß zunächst ihre Stimmen aus und verteilten dann ihre Rollen. Die Großdeutschen stimmten für den Antrag Glöckel, die Landbündler und Christlichsozialen dagegen, so daß 13 Stimmen für und 13 Stimmen kontra abgegeben wurden. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. So trieb man ein niederträchtiges Spiel mit den wichtigsten Interessen des burgenländischen Volkes! Das deutsche Volk, die arme burgenländische Jugend wird um der Laune des Herrn Seipel willen glatt verraten! Die Sozialdemokraten werden den Kampf nicht aufgeben. Die rückschrittlichen bürgerlichen Parteien werden Jahr für Jahr gezwungen werden, vor aller Öffentlichkeit ihren Verrat aufs neue einzugestehen, und endlich wird es der Sozialdemokratie doch gelingen, auch den Burgenländern ein modernes Schulwesen zu erobern.

Die nächsten Arbeiten auf dem Gebiete des Schulwesens.

Der Nationalrat wird sich zunächst mit dem sozialdemokratischen Antrag beschäftigen müssen, der verlangt, daß der Austritt aus der Schule nur am Ende des Schuljahres gestattet ist. Dadurch wird die Jugend davor geschützt, mitten im Schuljahr aus der Lernarbeit herausgerissen zu werden und ein minderwertiges Zeugnis zu erhalten. Der Antrag hat aber noch eine weitere wohltätige Folge. Heute treten die Lehrlinge, je nachdem sie eine Lehrstelle erhalten, also zu den verschiedensten Zeiten, in die gewerbliche Fortbildungsschule ein. In Zukunft wird es nur zu Beginn des Schuljahres möglich sein. Dadurch wird die notwendige, wertvolle Ruhe im Fortbildungsschulwesen erreicht werden.

Die Frage des Fortbildungsschulunterrichtes für die Hausgehilfinnen, für die „Ungelernten“ wird uns ebenfalls beschäftigen müssen.

Von selbst wird sich die große Frage der Hochschulreform aufrollen. Nicht nur sachlich ist unser Hochschulbetrieb veraltet. Auch in politischer Hinsicht ist es für die Dauer unerträglich, daß unsere Hochschulen Stätten reaktionärer Politik sind. Die österreichischen Hochschulen sind an Gelehrten berannt, die uns in sozialpolitischer Hinsicht nahestehen würden. Die sozialistischen Studenten werden in rücksichtsloser Weise verfolgt. Hier muß in absehbarer Zeit gründlich Ordnung gemacht werden!

Die Schulreform und das Ausland.

Mit großer Genugtuung mag es uns erfüllen, daß die Schulreformbestrebungen Wiens die Aufmerksamkeit des Auslandes in höchstem Maße erweckt haben. Aus der ganzen Welt kommen Fachleute, um an Ort und Stelle unsere Bestrebungen zu studieren.

Als offizielle Vertreter ausländischer Schulbehörden und Stadtverwaltungen haben in den letzten drei Jahren die Wiener Schulen besucht: Aus Albanien 1, Amerika 148, Australien 1, Belgien 1, Bulgarien 4, China 1, Dänemark 13, Deutschland 634, England 53, Estland 18, Finnland 11, Frankreich 9, Griechenland 2, Holland 10, Japan 29, Indien 10, Italien 4, Jugoslawien 17, Lettland 8, Mexiko 6, Norwegen 2, Palästina 4, Polen 34, Rumänien 6, Rußland 8, Schweden 68, Schweiz 171, Spanien 8, Tschechoslowakei 136, Ungarn 61, Südafrika 2 und der Türkei 6. Aber auch aus den österreichischen Bundesländern fand sich eine große Zahl von Lehrer-

gruppen und Einzelpersonen zum Zwecke des Studiums des Wiener Schulwesens ein. In größerer Zahl konnten begrüßt werden Hamburger Lehrer, Stadtverordnete Berlins, Kölner Lehrer, Dresdner Lehrer, Lehrer aus Lettland, Schweizer Lehrer, deutsche Lehrer aus der Tschechoslowakei, Berliner Lehrer, insgesamt 680 Personen.

Die Urteile über das Gesehene lauten übereinstimmend außerordentlich schmeichelhaft. Da es sich in der überwiegenden Zahl um politisch indifferente, ja auch politisch gegnerisch eingestellte Besucher handelt, können die Urteile Anspruch auf völlige Objektivität erheben.

Die internationalen pädagogischen Kongresse in Montreux (1923), Heidelberg (1925) und Locarno (1927) beschäftigten sich ausführlich mit der Wiener Schulreform und billigten einhellig den dort gewählten Weg. Interessant ist, daß im Monat Jänner 1928 ein Buch vom Wissenschaftlichen Institut Rousseau von Professor Robert Dottrens, „L'Education nouvelle en Autriche“ (Die neue Schule in Österreich) in französischer Sprache erschienen ist, das sich in eingehendster Weise für die österreichische Schulreform ausspricht. Fast zur gleichen Zeit erschien ein Buch in türkischer Sprache unter dem Titel „Wien, der Wallfahrtsort der modernen Schulreform“, verfaßt vom Professor am Lehrerseminar in Konstantinopel Kaschid Bey, schon in zweiter Auflage. Das türkische Unterrichtsministerium hat das Buch in großer Zahl für die Schulen angekauft.

Das rote Wien ist also auch auf dem Gebiete des Schulwesens Gegenstand der regsten Aufmerksamkeit der gesamten internationalen Fachwelt.

Der Parteitag zu Linz

hat am 3. November 1926 innerhalb seines Programms Richtlinien über das Schulwesen beschlossen. Sie lauten:

„Die Sozialdemokratie erstrebt die Aufhebung des Bildungsmonopols der Bourgeoisie. Sie fordert die Reform des gesamten Schulwesens nach folgenden Grundsätzen:

Öffentlichkeit des gesamten Schulwesens. Unentgeltlichkeit des Unterrichtes, der Lehr-, Lern- und Arbeitsmittel auf allen Unterrichtsstufen.

Erziehung der Jugend auf allen Unterrichtsstufen zur Selbsttätigkeit (Arbeitschule) und Selbstverwaltung (Schulgemeinde); Verbindung der geistigen mit Werkarbeit, der geistigen und der körperlichen Ausbildung auf allen Unter-

richtsstufen. Erziehung in republikanischem und sozialem Geiste.

Ausdehnung der Schulpflicht zunächst auf acht volle Schuljahre; Aufhebung der Schulbesuchserleichterungen, Einheitschule: vierjährige Grundschule; allgemeine Mittelschule als Pflichtschule vom fünften bis zum achten Schuljahre. Höchstzahl von dreißig Schülern in einer Schulklasse; verbindliche Sonder- und Hilfsschulen für Kinder mit körperlichen und geistigen Gebrechen.

Einheitliche Lehrerbildung an den Hochschulen in Verbindung mit pädagogischen Instituten.

Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht auf alle Schül- mündigen, die nicht eine Fach- oder Oberschule besuchen. Errichtung fachlicher Fortbildungsschulen mit Lehrwerk- stättenunterricht; körperliche und staatsbürgerliche Erziehung neben der Berufsausbildung; Tagesunterricht an Wochentagen. Einrechnung der Unterrichtszeit in die Arbeitszeit.

Staatliche Erziehungsanstalten, Studienstipendien und Studentenheime, die begabten Kindern aller Volksklassen den Besuch der Fachschulen, der Oberschulen und der Hoch- schulen ermöglichen.

Sicherung der Unparteilichkeit der Hochschulverwaltung, der Reform des Habilitations-, Berufungs- und Disziplinar- wesens. Allgemeine Studentenkammern. Dem wissenschaft- lichen Sozialismus ist an den Hochschulen freier Wettbewerb mit allen andern Geistesströmungen zu sichern."

Das Programm fordert auch Trennung von Staat und Kirche und setzt weiter fest:

"Das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen ist weftlich. Doch bleibt es jeder Weltanschauungsgemeinschaft überlassen, außerhalb des Rahmens des allgemeinen Unter- richtes für Weltanschauungsunterricht (Religionsunterricht) und Kultübungen der Schuljugend zu sorgen. Über die Teilnahme von Kindern bis zum 14. Lebensjahr entscheiden die Eltern. Die theologischen Fakultäten sind aus dem Verban- de der Universitäten auszuschneiden."

Damit ist dem kommenden Schulkampf Weg und Ziel gewiesen.

Mit Stolz blicken wir auf den Fortschritt zurück, den wir in der Republik auf dem Gebiete des Schulwesens, wenn auch unter schweren Kämpfen, erreichen konnten! Die eroberten Stellungen sollen uns Stützpunkte für den weiteren Kampf sein. Bald werden junge Menschen in unsere Reihen einrücken, die, in der neuen Schule mit wertvollem Rüstzeug versehen, uns

zunächst unterstützen und später ersetzen sollen. Der Schulkampf erweckt hohe Begeisterung, ist er ja ein Ringen um eine bessere Zukunft! Mit uns sind vereint alle großen Geister, alle wirklich Unsterblichen, deren Lebensarbeit erst dann volle Bedeutung erhalten wird, wenn das gesamte Volk ihrem hohen Gedankenschwung mindestens ahnend, zu folgen vermag! Die falschen Autoritäten aus der monarchistischen Zeit, aufgerichtet mit Gewalt und Knechtschaft, sind gestürzt! Neue Autoritäten wollen wir aufrichten, die sich den Dank des gesamten Volkes durch ihres Geistes Arbeit verdient haben. In die Herzen der Jugend wollen wir die Achtung vor der Arbeit senken. Die Jugend soll verstehend und voll Ehrfurcht die Geschichte des oft blutigen Kampfes, aber auch des Aufstieges der Arbeiterklasse, das Märtyrertum jener Männer kennenlernen, die für das Volk gekämpft und gelitten haben. So soll voll froher Zuversicht der Kampf weitergeführt werden für eine freie Schule, für die Beseitigung des Bildungsprivilegs, für ein freies Volk!

Hoch die Schulkreform!

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Paul Richter, Sekretär — Für den Inhalt verantwortlich: Julius Braunnthal, Redakteur — Druck: „Vorwärts.“ — Sämtliche in Wien V., Rechte Bienzell 97.